

<https://burgenland.orf.at/stories/3026363/>

A3-Verlängerung: ÖVP fordert Klarheit

Der mögliche Ausbau der Südostautobahn A3 von Wulkaprodersdorf bis zur ungarischen Grenze ist seit langem Thema im Burgenland. Nationalratsabgeordnete der ÖVP und der Grünen brachten es nun auch im Nationalrat ein. Die ÖVP Burgenland legte am Montag ihre Standpunkte dazu dar.

Online seit heute, 12.46 Uhr

Derzeit führt die A3 vom Knoten Guntramsdorf in Niederösterreich bis zum Knoten Wulkaprodersdorf (Bezirk Eisenstadt-Umgebung). Das letzte Teilstück bis zur Staatsgrenze ist eine Bundesstraße. Seit vielen Jahren wird darüber diskutiert, die A3 bis zur ungarischen Grenze zu verlängern. Eine solche Verlängerung ist auch im Bundesstraßengesetz grundsätzlich vorgesehen.

Entschließungsantrag eingebracht

Vergangenen Mittwoch brachten im Nationalrat grüne Abgeordnete gemeinsam mit Abgeordneten der ÖVP einen Entschließungsantrag zu diesem Thema ein. „Wir fordern die Bundesregierung auf, insbesondere den Bundesminister für Verkehr, Infrastruktur und Technologie, dem Nationalrat bis Mitte des Jahres einen Evaluierungsbericht vorzulegen und welche Auswirkungen durch die Fortführung Verlängerung der Südostautobahn von Eisenstadt nach Klingensbach verursacht würden“, erklärte ÖVP-Nationalratsabgeordneter Christoph Zarits am Montag vor Medien in Eisenstadt.



ORF ÖVP-Landesgeschäftsführer Christoph Wolf, Landesobmann Thomas Steiner und die Abgeordneten Gaby Schwarz und Christoph Zarits

Auswirkungen sollen aufgezeigt werden

Der Bericht solle verschiedenste Auswirkungen einer möglichen Verlängerung der A3, wie etwa ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, Umwelt- oder Lärmbelastungen beinhalten, ergänzte die Nationalratsabgeordnete Gaby Schwarz: „Das ist für uns die Grundlage, mit einem sehr pragmatischen Zugang: Was wiegt's, das hat's. Wir sehen uns die Ergebnisse an und dann wird auf breiter Basis diskutiert.“ Es sei wichtig, dass alle Informationen auf den Tisch gelegt werden, sagte ÖVP-Landesparteiobmann Thomas Steiner. „Wenn es Auswirkungen gibt, wie kann man diese Auswirkungen so minimieren, dass es für die Bevölkerung auch erträglich ist“, so Steiner.

In einem sind sich die Parteien einig: Einen Ausbau der A3 soll es ohne die Zustimmung der Bürgermeister der Anrainergemeinden nicht geben.